



# INFO AARGAU

Informationen der Evangelischen Volkspartei Aargau



## Meine erste Legislatur – Streiflichter

Lilian Studer, Nationalrätin

**Unser EVP-Team:** Von der EVP sind wir nur drei Personen im Nationalrat. Aber ich staune immer wieder, was wir alles erleben, welches Netzwerk wir haben und was schlussendlich jeder von uns auch erreicht. Grossartig ist, dass wir uns aufeinander verlassen können. Das ist bei der Menge an Arbeit, vielen Fragestellungen und grossem Druck wertvoll. Und was wir immer wieder erleben: Unsere konstruktive, zuhörende und mitmenschliche Art sowie die dennoch klare und ethische Auseinandersetzung wird im Rat geschätzt.

**Vorstösse und Kommissionsarbeit:** Ein mir wichtiger Fokus lag eindeutig auf der Kommissionsarbeit, wo ich einiges mitprägen kann. Ein Beispiel von vielen: Wir diskutieren in meiner Fachkommission nun über weitere gesetzliche Bestimmungen zur Förderung der 3R-Forschung (Reduktion, Verminderung und Verbesserung von Tierversuchen) – ein wichtiger Schritt, zu dem ich massgeblich beigetragen habe. Auch habe ich zwei Vorstösse aus der Kommission initiiert, die der Rat beide angenommen hat: die Anerkennung der Gebärdensprache und die Erklärung zur Austragung der Fussball-EM 2025 der Frauen in der Schweiz. Persönliche Vorstösse reichte ich ein u.a. zur allgemeinen

Dienstplicht/Zivildienst, zu IV-Leistungen, Sucht oder zum Thema Gewalt. Einige Vorstösse reichte ich fraktionsübergreifend mit anderen ein, z.B. zur Mitberücksichtigung der Klimarisiken bei der Schweizerischen Nationalbank.

**Die Ratsarbeit in Zahlen:** Mindestens 65-mal hatte ich bis anhin an Sitzungen der Kommission Wissenschaft, Bildung, Kultur und 20-mal seit August 2022 an Sitzungen der Geschäftsprüfungskommission teilgenommen. Hinzu kamen etliche Stellvertretungen. Insgesamt hielt ich 37 Voten im Rat. Bis Ende Legislatur werde ich an 216 Sessionstagen teilgenommen haben. Mitstimmen konnte ich krankheitsbedingt lediglich an einem Tag und zwei Stunden nicht. Insgesamt machte ich 15 Vorstösse, inklusive Fragen waren es 27. 74-mal nahm ich an den nicht unwichtigen Fraktionssitzungen teil, als Parteipräsidentin zudem seit 2021 an 26 Sitzungen des Fraktionsvorstands. Dazu kamen sieben Sitzungen als Delegationsleitende. Zudem prägten meine Legislatur 12 Medienkonferenzen sowie verschiedenste Medienauftritte, u.a. in der Arena.

Trotz schwierigem Coronastart bin ich in der Bundespolitik gut angekommen und hervorragend vernetzt. Ich freue mich auf die zweite Legislatur und danke Ihnen, wenn Sie mir diese mit Ihrer Wahl ermöglichen.

Post CH AG  
EVP-Info des Kantons Aargau  
Retouren an:  
EVP Aargau  
5000 Aarau

AZB  
CH-5000 Aarau

### PAROLEN FÜR DEN 18. JUNI 2023

- **JA** zur OECD-Mindestbesteuerung für Grossunternehmen
- **JA** zur Klimafonds-Initiative
- **JA** zur Änderung des Covid-29-Gesetzes
- **JA** zum Ombudsgesetz
- **JA** zur Verdichtung des Bahnangebots der Regio-S-Bahn Stein-Säckingen-Laufenburg; Verpflichtungskredit
- **JA** zur Aargauischen Klimaschutzinitiative

## FRAKTIONSBERICHT



Urs Plüss, Grossrat

Mein Fraktionskollege sagte vor einigen Jahren, dass es in einer komplizierten Welt wie heute wohl kaum mehr einfache politische Lösungen gibt. Ich stimme ihm da vollends zu, und trotzdem versuchen wir es in der Kantonalen Politik immer wieder.

So durften wir in diesem Frühling die kantonale Steuerstrategie beraten. Nach 12 Stunden intensiver Diskussionen in der Fachkommission kam das Geschäft in den Rat. Anhand von vier Handlungsfeldern und 20 Leitsätzen versuchte uns der Regierungsrat die Steuerstrategie schmackhaft zu machen. Oder wie es unser Finanzminister in einem Interview gesagt hat, präsentiert er uns ein Kochbuch und die Grossräte sind nun die Köche. Nun, man sollte sowieso weniger Fleisch essen und vielleicht ist es auch der unterschwellige Versuch, kleinere Brötchen zu backen. In diesen 20 Leitsätzen sind einige der Herausforderungen verpackt, die uns aktuell beschäftigen, mit dem aber nahezu immer gleichen Lösungsansatz: Steuerabzug.

Fachkräftemangel: Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und das lebenslange Lernen zu fördern, wird der maximale Steuerabzug bei den berufsorientierten Aus- und Weiterbildungskosten von 12'000 auf 18'000 erhöht.

Drittbetreuungskosten: Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, wird der Steuerabzug für Drittbetreuungskosten erhöht.

Attraktiver Wohnkanton: Der Kanton Aargau soll ein attraktiver Wohnkanton sein, und vermögende Steuerzahler sollen in unseren Kanton ziehen. Dazu will der Kanton in allen Steuerkategorien unter die Top 10 kommen. Ergo, es werden die Vermögenssteuern gesenkt.

Finanziert werden sollen diese Mindereinnahmen durch die Erhöhung des Eigenmietwertes, der neu eingeführten OECD-Mindeststeuer und durch die Erhöhung der Vermögensbesteuerung beim Wohneigentum. Gemäss Regierungsrat sollen die Massnahmen saldoneutral umgesetzt werden. Dies bedeutet, dass eine neue Abgabe und dadurch Mehreinnahmen durch eine Senkung an einem anderen Ort ausgeglichen werden soll.

Die EVP-Fraktion lehnt die meisten dieser Leitsätze ab und betrachtet die Steuerstrategie als verfrüht in Anbetracht der gewaltigen Herausforderungen, die der Kanton zu bewältigen hat, sei das wegen zu wenig Polizisten, zu wenig Asylplätzen, zu wenig Gesundheitspersonal, zu wenig Lehrpersonen, sollten Ressourcen zuerst in diesen Bereichen eingesetzt werden, bevor die Steuern gesenkt werden und die drohende Finanzlücke durch Sparmassnahmen saniert werden muss.

Die Steuerstrategie wurde schlussendlich vom Rat mit 86 zu 39 Stimmen angenommen. Diverse Leitsätze sind allerdings bereits umgesetzt oder in Bearbeitung.

## VORSTÖSSE

- **Therese Dietiker hat miteingereicht**
  - Interpellation betreffend Kunstsammlung des KSA
- **Roland Frauchiger hat miteingereicht**
  - Interpellation betreffend Kernfahrbahnmarkierung auf Kantonsstrassen zur zeitnahen Umsetzung des Velogesetzes
  - Postulat betreffend Unterstützung des Aktionsplans des Bundes gegen Foodwaste
  - Postulat betreffend Aktualisierung des kantonalen Gebäude- und Wohnungsregisters
- **Lutz Fischer-Lamprecht hat miteingereicht**
  - Postulat betreffend Kreislaufwirtschaft und getrennte Recycling-Mülleimer im öffentlichen Raum
- **Christian Minder hat miteingereicht**
  - Motion betreffend betreffend Kreislaufwirtschaft – Dynamik im Bereich Kunststoffe und Getränkekartons
  - Postulat betreffend Überarbeitung des Solarkatasters
- **Urs Plüss hat miteingereicht**
  - Postulat betreffend Massnahmen gegen Lehrvertragsauflösungen
- **Uriel Seibert hat eingereicht**
  - Motion betreffend Rückgängigmachung der Kürzungskomponente 1 (ZK1) der Ressourcen für die Volksschule
  - Interpellation betreffend Ressourcen für integrative Schulung
  - Interpellation RZG-Unterricht an der Aargauer Volksschule
- **Uriel Seibert hat miteingereicht**
  - Motion betreffend bezahltem Kurzurlaub für Lehrpersonen und für weitere Fachpersonen der Volksschule in Ausbildung, die sich für ihre Funktion noch fertig qualifizieren müssen

## ANZEIGE





**Mach dein Herz jetzt zum Beruf**

Lerne uns kennen → 



**S-Deposito<sup>+</sup>**

Silber hält ihr Ersparnis nachhaltig gesund.

 [bb-wertmetall.ch](http://bb-wertmetall.ch)

 0041 62 892 48 48

## Brückenbauerpartei nominiert für die Nationalratswahlen

Barbara Müller-Hefti, Geschäftsführerin

Am 30. März trafen sich die Mitglieder der EVP Aargau zur Generalversammlung in Dottikon. Neben der Genehmigung von Jahresbericht, Rechnung 2022 und Budget wurden die Kandidierenden für die Nationalratswahlen nominiert.



Wie vor vier Jahren will Nationalrätin Lilian Studer das Unmögliche möglich machen und zeigte sich davon überzeugt, dass die EVP Aargau im Herbst feiern kann. Die EVP will weiterhin als Brückenbauerin im Bundeshaus vertreten sein. Symbolisch dazu bauten die Kandidierenden gemeinsam eine Brücke aus roh gesägten Brettern ohne irgendwelche Hilfsmittel wie Nägel, Schrauben oder Schnüren. Für die Nationalratswahlen nominierte die Versammlung folgende Personen.

Hauptliste: Lilian Studer, Urs Plüss, Therese Dietiker, Roland Frauchiger, Claudia Schürch-Meder, Uriel Seibert, Irene Bärtschi, Christian Minder, Barbara Müller-Hefti, Lutz Fischer-Lamprecht, Debora Baumann-Mettler, Joel Blunier, Silvia Guhl, Lucien Baumgaertner, Seraina Herzberg und Jonas Weber.



Liste EVP+: Urs Dätwyler, Bernd Gellert, Berta Hübscher, Hanna Läng, Stefan Linder, Jutta Moosheer, Andreas Moosheer, Hanspeter Neuenschwander, Marie-Louise Reinert, Peter Rytz, Helene Thürig, Margrit Wahrstätter, Walter Wyler.

Die Junge EVP nominierte ihre Kandidierenden am 4. Mai an ihrer eigenen Versammlung.

## PAROLEN KANTONALE ABSTIMMUNGEN

Roland Frauchiger,  
Grossrat und Co-Präsident

**Die Aargauische Volksinitiative «Klimaschutz braucht Initiative!»** (Aargauische Klimaschutzinitiative) verlangt den Einsatz von mehr Geldern für das Förderprogramm für energetische Gebäudesanierungen. Zudem sollen die Förderprogramme jährlich an mindestens 3% der bestehenden Bauten und Anlagen, vorab mit Baujahr älter als 2000, die energetischen Sanierungen finanziell so zu unterstützen, dass bis 2050 alle bezweckten Sanierungen durchgeführt sind. Obwohl diese Initiative kaum umsetzbar ist, beschliesst die Parteiversammlung mehrheitlich die Ja-Parole.

Eine Motion im Grossen Rat verlangte, dass das Bahnangebot zwischen Stein-Säckingen und Laufenburg vom Stundentakt auf den Halbstundentakt gesteigert wird. Mit einem asymmetrischen Fahrplan, der je nach Tageszeit

auf die Bahnanschlüsse in Stein-Säckingen nach Basel bzw. von Basel her abgestimmt ist, betragen die Ausbaurkosten CHF 61 Mio. Mit einem Expressbus würden nur Betriebskosten anfallen. Der Grosse Rat hat sich für die Expressbusvariante als Sofortmassnahme sowie mittelfristig für den asymmetrischen Bahnausbau ausgesprochen. Gegen diesen Beschluss wurde das Behördenreferendum ergriffen. Die Parteiversammlung hat mehrheitlich die Ablehnung des Referendums beschlossen.

Die EVP-Fraktion hat sich im Grossen Rat für die Einführung einer Ombudsstelle ausgesprochen. Sie soll der Bevölkerung zur Auskunftserteilung und Beratung im Umgang mit Behörden zur Verfügung stehen, bei Konflikten mit Behörden vermitteln und auch Empfehlungen abgeben können. Zudem ist sie für Kantonsangestellte eine Meldestelle bei Whistleblowing. Die EVP Aargau stimmt diesem Gesetz einstimmig zu.

## MITTEILUNGEN

### Neuer Präsident für die Bezirkspartei Baden

Nachdem die Bezirkspartei Baden einige Jahre ohne Präsidenten unterwegs war, wurde Grossrat Lutz Fischer-Lamprecht am 24. März offiziell zum Präsidenten gewählt. Die EVP bedankt sich bei ihm für die grosse Arbeit, die er für die Partei leistet und wünscht ihm treue und unterstützende Hände.

### Wechsel im Einwohnerrat Brugg

Esther Graf, Pfarrerin aus Schinznach-Bad, zog nach ihrer Pensionierung zurück zu ihren Wurzeln in Olten. Somit endete am 31. März ihre Zeit im Einwohnerrat, wo sie sich für die Bevölkerung des neuen Bruggger Stadtteils Schinznach-Bad einsetzte. Die EVP dankt Esther herzlich für ihr Engagement im Einwohnerrat. Ihren Sitz übernimmt Elias Gerber, der von 2016-2017 bereits Mitglied des Einwohnerrats war, bevor er für drei Jahre nach Kambodscha zog. Kurz nachdem er zurück in sein Elternhaus in Brugg gezogen ist, vertritt er nun die EVP wieder im Einwohnerrat.

### Wechsel im Einwohnerrat Windisch

Seit Anfangs 2021 vertrat Kathrin Büchli die EVP im Einwohnerrat Windisch. Nach der Wiederwahl im Jahr 2022 wurde Kathrin zudem als Mitglied der FIGKP (Finanz- und Geschäftsprüfungskommission) gewählt und setzte sich dort mit ihrem Fachwissen als Finanzanalystin für ausgewogene Finanzen der Gemeinde ein. Zudem war Sie Mitglied der gemeinderätlichen Kommission für Integration. Wegen ihrem Wegzug aus Windisch musste Kathrin Büchli ihr Amt als Einwohnerrätin Ende März abgeben. Die EVP dankt Kathrin Büchli herzlich für das grosse Engagement im Rat und den Kommissionen und hofft, dass sie ihr politisches Engagement auch in Zukunft fortsetzen kann. An der nächsten Einwohnerratssitzung vom 14. Juni erfolgt die Inpflichtnahme von Jonathan Schibli als Nachfolger.

## SAVE THE DATE

Herzliche Einladung zum EVP-Treffen aller Parlamentarier/-innen, Behörden- und Kommissionsmitglieder.

Am 27. Juni, ab 19:15 Uhr  
Im Haus zur Zinne, Aarau  
(Einladung folgt)

Kurzreferat über christliche Politik in einer pluralistischen Gesellschaft.  
Anschliessend Apéro.





## AGENDA

### 18. Juni 2023

Eidgenössische Volksabstimmung

### 27. Juni 2023, 19:15 Uhr

EVP-Treffen (Haus zur Zinne, Aarau)

### 18. August 2023, 13:00 – 20:30 Uhr

14. KMU-Forum EVP

### 22. August 2023, 18:45 – 19:45 Uhr

Kantonalvorstand (TDS, Aarau)

### 22. August 2023, 19:45 – 21:00 Uhr

Parteiversammlung (TDS, Aarau)

### 03. Sept. 2023

Wahlauftakt EVP Aargau  
(Kirchgemeindehaus, Buchs)

### 09. Sept. 2023, 09:30 – 16:00 Uhr

Wahlparteitag EVP Schweiz

### 21. Sept. 2023, 19:45 – 21:00 Uhr

Kantonalvorstand (TDS, Aarau)

### 26. Sept. 2023, 19:45 – 21:00

Parteiversammlung (TDS, Aarau)

## IMPRESSUM

### Redaktion

Evangelische Volkspartei des Kantons  
Aargau  
5000 Aarau

### Herausgeber

Evangelische Volkspartei Aargau  
Abonnement mindestens 15 Franken  
pro Jahr

### Erscheinungsweise

viermal jährlich

### Internet

[www.evp-ag.ch](http://www.evp-ag.ch)

### E-Mail Sekretariat

[sekretariat@evp-ag.ch](mailto:sekretariat@evp-ag.ch)

### Inserate, Adressverwaltung

Evangelische Volkspartei des Kantons  
Aargau  
5000 Aarau  
Telefon 077 450 15 99

### Realisation und Druck

[www.gndruck.ch](http://www.gndruck.ch)

### Auflage

7920 Exemplare

## PAROLEN NATIONALE ABSTIMMUNGEN

### Die EVP sagt dreimal JA

Christian Minder, Grossrat

#### Am 18. Juni wird über drei nationale Themen abgestimmt.

Die OECD haben die internationalen Steuerregeln verschärft: Konzerne mit >750 Mio. Franken jährlichem Umsatz sollen mindestens 15 Prozent Steuern auf ihren Gewinn abliefern. Auch die Schweiz hat sich verpflichtet, dies umzusetzen. Mit dem Bundesbeschluss über eine besondere Besteuerung grosser Unternehmensgruppen stimmen wir über einen Verfassungsartikel ab, der diese Mindestbesteuerung ermöglicht. Der Bundesrat würde sie auf 2024 mittels Verordnung einführen. Wegen zunehmender Globalisierung und Digitalisierung ist der Anreiz grösser geworden, den Unternehmenssitz in ein steuergünstiges Land zu verlegen. Für mehr Steuergerechtigkeit sagt die EVP deutlich Ja.

Das sogenannte Klimaschutzgesetz (Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung

der Energiesicherheit (KIG)) ist der Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative. Die Initianten sprachen von einem «Meilenstein in der Klimapolitik» und zogen ihre Initiative bedingt zurück. Das neue Gesetz schreibt neben konkreten Zielen wirksame und rasch umsetzbare Massnahmen fest. Auch die Delegierten der EVP Schweiz sagten nahezu einstimmig Ja.

Ein weiteres Mal stimmt die Bevölkerung über das Covid-19-Gesetz ab. Einzelne Bestimmungen des grösstenteils bis Ende 2022 befristeten Gesetzes zur Bewältigung der Pandemie wurden bis Sommer 2024 verlängert. Sie sollen im nächsten Winter bei Bedarf zur Verfügung stehen. Dagegen wurde das Referendum ergriffen.

Weil sich die die EVP bereits zweimal deutlich dafür ausgesprochen hat, wurde im Parteivorstand die Ja-Parole beschlossen.

Die EVP Aargau hat an ihrer Parteiversammlung vom 25. April ebenfalls dreimal die Ja-Parole gefasst.

## BERICHT AUS DEM NATIONALRAT



Lilian Studer, Nationalrätin

«Vertrauen ist die Grundlage von Beziehungen, unserem Zusammenleben, von unserem Wirtschaftssystem und auch der Politik. Doch nun stecken wir in einer Krise. Nicht in einer Krise, die von aussen an uns herangetragen wurde. Sondern in einer Krise, die selbstverschuldet ist und mit einem gravierenden Vertrauensverlust zu tun hat. Dies aufgrund von wiederholtem Managementversagen, mehrfachen Betrugsfällen und falschen finanziellen Anreizen innerhalb der Credit Suisse.»

Dies meine Worte für die EVP-Delegation bei der ausserordentlichen Session zum CS-Debakel.

Am 19. März hatte die UBS die CS übernommen. Mit Notrecht sprach der Bundesrat 109 Milliarden Franken

dringliche Verpflichtungskredite als Garantien für SNB und UBS, was am selben Tag von der Finanzdelegation des Parlaments abgesegnet wurde. In der Folge hatte das Parlament eine ausserordentliche Session verlangt. Denn schon wieder ging es darum, dass eine Grossbank vom Staat gerettet werden musste und der Bundesrat via Notrecht entschieden hatte. Im Gegensatz zum Ständerat hat der Nationalrat mit den Stimmen der SVP, der SP und der Grünen die Kreditzusage allerdings abgelehnt. Damit war sie vom Tisch.

Auf den Entscheid des Bundesrates hat dies keinen grossen Einfluss. Verpasst hat man dadurch allerdings die Chance, die Kredite mit gewissen Auflagen zu versehen. Zudem erhält der Bundesrat ergänzende 5 Milliarden Franken nicht, die für Fachexpertisen und weitere zusätzliche Ressourcen vorgesehen wären.

Auch wir als EVP äusserten uns dahingehend, dass das Vertrauen in die gewählte Lösung nicht da ist. Doch gerade wegen den Auflagen haben wir der Vorlage zugestimmt.